

...weil die vom IWF aufgedrängten Umstrukturierungen für die betroffenen Bevölkerungen immer zu Verschlechterungen ihrer Lebens- und Arbeitssituation führen.

Am Beispiel Argentinien – einem ressourcenreichen und relativ entwickelten Land – lässt sich gut zeigen, wie der IWF durch gezielte Verschuldung und die Umsetzung des neoliberalen Modells das Land innert weniger Jahrzehnte in ein wirtschaftliches und gesellschaftliches Desaster versinken liess statt es aufzubauen. 2001 wurde die argentinische Regierung von der grossen Anzahl Menschen, die unter der Armutsgrenze, arbeitslos und in Hunger lebten¹, gestürzt und der Staat brach zusammen. Die ökonomischen Massnahmen, die zu diesem Zusammenbruch führten waren in den Jahrzehnten zuvor allesamt von Vertretern des IWF vorgeschlagen und umgesetzt worden. Diese fungierten als eigentliche Wirtschaftsminister Argentiniens, die alle paar Monate genaue Kontrollen der Umsetzung des von ihnen aufgedrängten Programms durchführten. Dabei standen – so wie dies beim IWF immer der Fall ist – nicht die Bedürfnisse der Bevölkerung im Zentrum der Überlegungen, sondern im Gegenteil die Interessen der Gläubiger. Warum dies so ist, liegt auf der Hand: Argentinien sollte in erster Linie seine Schulden – nicht zuletzt jene beim IWF selbst – zurückzahlen können.

Die Schulden- und Wirtschaftskrise Argentiniens findet ihren Anfangspunkt in der Machtergreifung durch die Militär-Junta des Generals Jorge Rafael Videla 1976. Zu dieser Zeit betragen die Schulden Argentiniens acht Milliarden Dollar, stiegen jedoch durch die Staatsverschuldung einerseits und die erzwungene Verschuldung öffentlicher Unternehmen stetig an. Dies ermöglichte die persönliche Bereicherung durch Kommissionsgelder, die Aufrüstung der Armee und die wirtschaftliche Öffnung, die der IWF hinsichtlich einer höheren Glaubwürdigkeit – und somit auch höheren Kreditwürdigkeit – gegenüber westlichen Staaten vorantrieb. Unter diesen Bedingungen war der IWF gerne gewillt, das Terrorregime zu unterstützen. Auch die argentinischen Privatunternehmen und Tochterfirmen multinationaler Konzerne wurden ermutigt, sich zu verschulden. Die diktatorische Regierung hatte bis zu ihrem Ende 1983 die Schulden auf 44 Milliarden Dollar ansteigen lassen, wobei der Anteil der Nettolöhne und Gehälter (also das Einkommen der Bevölkerung) am Bruttonationaleinkommen von 43% auf 22% gesunken war. Ein Generalstreik und die gesellschaftliche Mobilisierung führten schliesslich zur demokratischen Wahl des Präsidenten Raúl Alfonsín der Unión Cívica Radical, der sich zum Ziel nahm, die öffentlichen Schulden und die privaten, die der Staat übernommen hatte, zu bezahlen. Da die argentinische Zentralbank aber vorgab, die öffentlichen Auslandsschulden nicht verzeichnet zu haben, musste sich Alfonsín auf Angaben ausländischer Gläubiger und Verträge, die zu Zeiten der Diktatur unterschrieben worden waren, stützen. Es war nun also an den argentinischen Steuerzahlern, die durch multinationale Konzerne vereinbarten, nicht zuletzt durch die Waffenkäufe ihrer eigenen Folterer produzierten Schulden zu bezahlen. Die dafür benötigten Deviseneinnahmen wollte der IWF sicherstellen, indem er, um die Exporte zu erhöhen, eine Abwertung der argentinischen Währung durchsetzte, die schliesslich zu einer monströsen Hyperinflation führte, so wurde im Jahr 1989 eine Höchstinflationsrate von 4900% (!) erreicht. Die Schulden wurden dadurch notabene nicht etwa ver-

¹ 2001 lebten 54% unter der Armutsgrenze, 40% waren arbeitslos.

ringert und die Armutsrate erreichte mit 48% einen neuen Rekord. Alfonsín trat unter Druck zurück und wurde durch den neoliberalen Carlos Menem (Peronistische Partei) ersetzt.

Unter Anweisungen des IWF verfolgte Menem eine neue Strategie, die zwar kurzfristig erfolgreich war, sich langfristig jedoch katastrophal auswirkte. Die eigenen Reserven zur Begleichung der Schulden anzuzapfen konnte nur für kurze Zeit ein Rezept sein. Um ausländisches Kapital anzulocken beschloss Menem, den Peso an den US-Dollar zu binden und die Liberalisierung des Marktes voranzutreiben. Die Wasserversorgung wurde zum enormen Nachteil der Bevölkerung ebenso privatisiert wie die Nationalbank, die Universitäten und weitere grundlegende staatliche Einrichtungen. 40% der Industrie und 90% der Banken gingen von der öffentlichen Hand in privaten Besitz über. Zwar wurde so die Inflation gebremst und die Last der Schulden ein wenig erleichtert, auch das Bruttoinlandsprodukt stieg während dreier Jahre um 25%. Jedoch verursachte der stabile und starke Peso sowie die wirtschaftliche Liberalisierung auch eine immense Kapitalflucht ins Ausland. Der Staat büsste deshalb die Hälfte (!) seiner Steuereinkünfte ein,² die immer noch von Hunger und Armut gebeutelte Bevölkerung liess man dafür durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer (von 14% auf 21%) zahlen. So konnten auch unter Menems Regierung die Schulden nicht getilgt werden, sie stiegen auf 147 Milliarden Dollar an.

Der 1999 neu gewählte Fernando de la Rúa sah sich gezwungen, einen weiteren Kredit des IWF über 7,2 Milliarden Dollar anzunehmen und dafür das Staatsbudget für das kommende Jahr um 2,5 Milliarden zu senken. Um die Bindung des Pesos an den Dollar beizubehalten, schöpfte die Regierung ihre letzten Reserven aus. Trotzdem bereitete der IWF bald ein neues „Hilfspaket“ in der Höhe von fast 40 Milliarden Dollar vor, dies aber wie üblich nicht ohne die üblichen neoliberalen Strukturanpassungsmassnahmen: Liberalisierung des Gesundheitswesens, Deregulierung des Energie- und Telekommunikationssektors, Verringerung der Importe und die Flexibilisierung der Arbeit waren einige der Auflagen. Zudem wurden die Löhne der Staatsangestellten 2001 erheblich gesenkt. Die Steuerflucht blieb indes erlaubt, so drehte sich die Schuldenspirale munter weiter.³

Ein weiterer versprochener Kredit des IWF, der schliesslich nicht gewährt wurde, führte dazu, dass de la Rúa die Bankkonten der Investoren einfrieren liess, Lohnkürzungen um bis zu 50% bzw. die komplette Streichung ganzer Monatslöhne vornahm und 90'000 Stellen strich. Die Verhältnisse wurden für die Bevölkerung nun endgültig untragbar, sodass es zu Plünderungen von Supermärkten und gewalttätigen Demonstrationen mit mehreren Toten kam und der Notstand ausgerufen wurde. Hunderttausende von Menschen strömten auf die Strassen von Buenos Aires, um vor dem Regierungssitz an der Plaza de Mayo einen *cacerolazo*, ein gigantisches Topfkonzert zu veranstalten, um ihren Unmut lautstark auszudrücken. Rund 4'000 Demonstrant_innen belagerten das Haus des Wirtschaftsministers Domingo Cavallo. Die Schergen de la Ruas schlugen die Demonstration mit Tränengras nieder, worauf die Demonstrant_innen Fenster von Banken, privater Pensionsfonds etc. zerschlugen. Die Auseinandersetzungen gingen auch am nächsten Tag weiter, die Polizei attackierte die Demonstrant_innen auf Pferden, mit Gas und Gummischrot. De la Rúa floh im Helikopter aus der Stadt und hinterliess den Argentinier_innen ein zugrunde gewirtschaftetes Land.

² Im Jahr 1998 betrug diese Summe rund 40 Milliarden Dollar. Nur 17% der Bürger_innen mit hohem Einkommen zahlten auch Steuern. Die Steuern auf Gewinne von Unternehmen waren mit 33% sehr tief.

³ Die Schulden beliefen sich mittlerweile auf 160 Milliarden. Argentinien hatte 1976-2001 200 Milliarden Schulden zurückbezahlt, die multinationalen Konzerne hatten aber 1450 Milliarden aus dem Land geschafft.

2005 konnten die IWF-Kredite zurückgezahlt werden, was Argentinien zumindest von dessen – wenn auch nicht von allen – neoliberalen Politiken befreite. Es zeigt sich, dass die neoliberalen Interventionen in Argentinien den Gläubigern zwar ordentlich Geld in die Kassen gespült haben, die Bevölkerung Argentiniens aber während Jahrzehnten in extreme Armut und Arbeitslosigkeit gestürzt haben.